

Medien

Ein Seminar bei verdi über multimedia und Informationsgesellschaft regte diesen Artikel an. Aus der umfangreichen Problematik wird die nur wenig bekannte Geschichte des Radios herausgegriffen.

Recherchen der Redaktion über aktuelle Vorgänge belegen die politische Bedeutung des Themas.

Vom Staatsfunk...

Die Geschichte des Radios ist eng mit der Geschichte der Arbeiterbewegung verbunden. Die Funker der deutschen Wehrmacht (160 000) waren eine Voraussetzung für die Koordinierung der deutschen Revolution zu Ende des I. Weltkriegs. Danach wurde die Teilnahme der Arbeiterschaft bei der Gestaltung von Radiosendungen und auch beim Hören massiv behindert. In Gegenwehr dazu bildeten sich aus den Reihen der Wehrmachtswunker unabhängige Radiovereine, später aufgespalten in KPD- und SPD-orientierte. Hitler konnte über die Gleichschaltung des Rundfunks das deutsche Volk ungehindert manipulieren.

Nach dem Krieg wurde der Einfluss von Parteien und Verbänden auf den Rundfunk pluralistisch abgesichert.

Die Sendung privater, d.h. nicht öffentlich-rechtlicher Rundfunkprogramme war in der BRD gesetzlich verboten und politisch unerwünscht und wurde polizeilich verfolgt, bis die kommerzielle Nutzung freigegeben wurde.

Eine ähnliche Rolle spielte das Fernsehen für die Arbeiterschaft nicht.



Inhalt

Medien	1-2	90 000 gegen Sozialraub	7-8
Aufsichtsratswahlen	3	ZSP 20	9
Gebrochene Versprechen	4-5	Trauer um Frank Ristow	10
Trauer um Manfred Jensch	5	Ägypten	10-11
Rechtsausleger	6-7	Di Ätsch Ell(f)	12

Die politische Einflussnahme des Fernsehens auf die Bevölkerung wird aber deutlich allein durch die Zeit, die die Bundesbürger vor der Glotze verbringen (Hintergrund www.verdi-brief-muenchen.de).

Unlängst konnte man erfahren, dass der Rundfunk eine wichtige Rolle bei der Koordinierung der Aufstände zum 17. Juni 1953 in der DDR gespielt hatte.

...zum Privatfunk?

Mit der Privatisierung, d.h. der Zulassung nicht öffentlich rechtlicher Radio- und Fernsehsender, wurden auch die Mittel zur Kontrolle über Medienmächte und -besitzer verändert.

Niemand darf mehr als ein Drittel der Fernseh- und Radiosender kontrollieren. Anhand statistischer Untersuchungen der Zuhörer- und Zuseherschaft wird dies festgestellt. Es geht somit nicht um Eigentumsrechte an Sendern, sondern um die Erreichbarkeit der Kunden, Konsumenten.

Die Einrichtung der KEK (Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich) durch eine Änderung des Rundfunkstaatsvertrags von 1996 dient als Instrument der Kontrolle (siehe Hintergrundseite bei www.verdi-brief-muenchen.de und: www.kek-online.de)

Die aufmerksame Beobachtung der Medienszene ist Voraussetzung für die Bewahrung der Demokratie, wie es die unglückliche Entwicklung in Italien unter Berlusconi (Rechtsausleger Championligue) zeigt.

Was geschieht, wenn Kirch's Hinterlassenschaft in undurchschaubare Hände gerät?

Wieso kommen gute Argumente der Gewerkschaften in der Gesellschaft nicht richtig an? Wie ist die Berichterstattung durch die Medien z.B. über Aktionen der Gewerkschaften zu beurteilen?

Zeitungen

Verleger von Zeitungen sind auch Unternehmer. Wie also wird ihr Interesse die Berichterstattung über den

tarifrechtlichen Gegner verändern? Aktuelle Entwicklungen im Zeitungsgeschäft weisen auf eine Schwächung der redaktionellen Eigenständigkeit hin. Die Erstellung von ganzen Seiten wird im Outsourcing-Verfahren an Agenturen vergeben, die zum Teil Tochtergesellschaften sind und z. T. auch Fremdfirmen, die rein nach kommerziellen Aspekten arbeiten. Meinungsfreiheit wie im redaktionellen Kerngeschäft wird dadurch weniger geschützt. Der Trend zu freien Mitarbeitern unterstützt den Mut zur eigenen Meinung gerade nicht. Eine Agentur, die nicht pariert, wird durch eine andere ausgewechselt.

Auch die Betriebszeitung unseres Konzerns, PremiumPost, wird durch eine Agentur im Outsourcing-Verfahren erstellt. Ein Wirtschaftsunternehmen ist weniger auf freie und kritische Meinungsäußerung erpicht als auf eine positive Darstellung nach innen wie nach außen. Dem kommt die Agenturproduktion sehr entgegen.

Der Wunsch nach Vereinheitlichung, ohne regionale und sachliche Brüche, führte nun zur auch äußerlichen Anpassung von „Wirt-Münchner Briefpostler“. Die Agentur „medienfabrik Gütersloh GmbH“ (Bertelsmann) wirbt im Internet mit der Deutschen Post AG für ihre Erstellung von Betriebszeitungen.

Internet

Das Internet bietet uns eine Chance zur Recherche und hat etwas von der Utopie, die Bertolt Brecht für eine demokratisches Medium forderte: Dialoge zu ermöglichen und nicht eine Einbahnstraße darzustellen, wonach uns eingetrichtert wird, was den Eignern der Sender richtig erscheint. Also: Ran ans net!

Ho

BeZet

**ist die Zeitung der
verdi Betriebsgruppe,
Niederlassung
BRIEF München**

LEITUNG REDAKTION

Peter Horn

MITARBEITER

Karen Fischer

Andrea Heidersberger

Monika Schmalz

Alfons Leopold

Richard Huber

Peter Horn

V.I.S.D.P.

Fritz Kerschner

Verdi BeG NL München

ERSCHEINUNGSWEISE
Mindestens vierteljährlich

AUFLAGE
2 500 Stück

ANSCHRIFT DER REDAKTION

Peter Horn

Postfach 190502, 80605 München

www.verdi-brief-muenchen.de

Druckhaus Kastner
Schloßhof 2-6
85283 Wolnzach
Tel 0 84 42 / 92 53-0

ver di

Aufsichtsratswahlen 2003

Vom 23.04.–25.04.03 fanden in Berlin die Aufsichtsratswahlen 2003 für den Bereich Deutsche Post AG statt. Die 20 Delegierten der NL Brief München konnten die Hin- und Rückreise als ein Erlebnis der besonderen Art bezeichnen.

Nach fast 12-stündiger Zugfahrt von München nach Berlin, im „Blauen Enzian“ Baujahr 1937 (Holzklasse) und ausreichender Verpflegung (Gottseidank liefern auch Pizzadienste an den Bahnsteig!), erreichten wir endlich unser Hotel. Schnell Abendessen und weiter ging es zur Veranstaltung von ver.di. Nach Erklärung des Wahlverfahrens und einer Vorstellungsrunde der ver.di-Kandidaten gab es dann noch die Mög-

lichkeit, persönlich mit jedem einzelnen Kandidaten ins Gespräch zu kommen. Anschließend waren alle froh, als sie endlich in ihren Hotelbetten lagen.

Am Wahltag selbst trafen sich 2500 Delegierte im ICC Berlin zum Wahlakt. Den ganzen Tag über waren fleißige Helfer (auch aus unserer Personalstelle) mit der Wahlhandlung und Stimmenauszählung beschäftigt. Nach Bekanntgabe des Endergebnisses wurden folgende 10 neue Arbeitnehmervertreter in den Aufsichtsrat gewählt:

Margrit Wendt
Dirk Marx
Marion Deutsch

Stefanie Weckesser
Silke Oualla-Weiß
Annette Harms
Frank Von Alten-Bockum
Rolf Büttner
Franz Schierer
Helmut Jurke

Am Abreisetag freute sich jeder der 20 Delegierten auf die „erlebnisreiche“ 13-stündige Rückfahrt in der rollenden Legende „Blauer Enzian“.

Bedanken möchte ich mich persönlich bei allen Mitgliedern des Wahlvorstandes, der Personalstelle und den Delegierten für die Mitarbeit und den reibungslosen Ablauf.

Michi Götz



Postbank Mitarbeiterkonditionen

Nach dem MWV Job Ticket gibt es nun für Mitarbeiter und Ruheständler der Deutschen Post AG die Möglichkeit, bei Neuabschlüssen für folgende Produkte in den Genuss von Mitarbeiterkonditionen zu kommen:

Postbank Giro Plus
Postbank Kreditkarten (Visa, Eurocard)

Postbank Sparen 3000 plus
Postbank Kapital plus
Postbank Privatkredit
Postbank Baufinanzierung

Der Abschluss dieser Produkte zu Mitarbeiterkonditionen ist **nicht am Postschalter möglich**.

Für weitere Fragen zu den Mitarbeiterkonditionen wenden Sie sich bitte an den Vertrauensmann der Postbank (Betriebsrat Michael Götz, Tel. (089) 16398-3011).

Gebrochene Versprechen

**(Zwangs-) Veränderungen bei den BeamtInnen
Beamte unter Beschuss von Staat und Arbeitgeber Post AG
Widerstand der Beamten in ver.di zeigt erste Erfolge**



Zeitlich geschickt plazierte zur allgemeinen Diskussion der Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht sowie der Übernahme des Tarifergebnisses im ÖD versucht die DPAG ihre Konzernstrategie der allgemeinen Lohnsenkung nun auch auf ihre BeamtInnen auszudehnen. Die hierfür nötige Neuregelungen im Personalrechtsgesetz wären die umfangreichsten seit In-Kraft-Treten des Gesetzes im Jahre 1995. Das Bundesministerium der Finanzen, welches für die BeamtInnen in den Postunternehmen zuständig ist, hat die hierzu notwendige Zuarbeit geleistet und bereits einen Vorschlag zugeleitet. In dieser Vorlage soll, so wörtlich eine "Flexibilisierung der Beschäftigungsbedingungen" für die rund 143 000 BeamtInnen der ehemaligen Bundespost durchgesetzt werden.

Die wichtigsten Regelungsvorschläge im Überblick:

Feste Arbeitsplätze sind nicht mehr sicher

Mit einer Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten im Wege der sogenannten Zuweisung wäre es möglich, BeamtInnen innerhalb und außerhalb der Konzerne einzusetzen (bisher freiwillig). Verdi erscheint dies mit dem grundgesetzlich gesicherten Status der BeamtInnen und

der damit lediglich an die Aktiengesellschaft (Mutterunternehmen) verliehenen Dienstherrenbefugnis nicht vereinbar (Beamter bei Aldi?). Verdi brachte im Gegenzug Forderungen zur Verbesserung der beruflichen Situation der BeamtInnen ein.

Urlaubs- und Weihnachtsgeld soll gestrichen werden zum Zwecke einer sogenannten Leistungsbezahlung

BeamtInnen leisten die gleiche Arbeit wie Tarifbeschäftigte, darüber hinaus würde der Grundsatz der Gleichbehandlung zwischen den bei den Aktiengesellschaften beschäftigten BeamtInnen und Bundesbeamten verletzt. Verdi strebt neue Regelungen zum Einkommen auf der Basis von Verträgen zwischen dem jeweiligen Unternehmen und der Gewerkschaft an. Dazu müssten die beamtenrechtlichen Vorschriften allerdings geändert werden. Verdi erteilte der beabsichtigten Streichung von Urlaubs- und Weihnachtsgeld eine klare Absage.

Überstunden sollen vermehrt durch Barzahlung abgegolten werden

Dies würde zu einer weiteren Reduzierung von Arbeitsplätzen und zu einer zusätzlichen Arbeitsbelastung bei den betroffenen BeamtInnen führen.

BeamtInnen werden erst drei Monate später als Arbeiter und Angestellte höhere Einkommen erhalten

Dies sieht der Gesetzesentwurf des Bundesinnenministeriums vor. Verdi hat dazu am 5. April 2003 in Düsseldorf zu einer Großkundgebung aller BeamtInnen aufgerufen (siehe Bild), um sich für ihre sozialen Rechte einzusetzen. Mehrere tausend BeamtInnen und auch Angestellte und Arbeiter demonstrierten unter dem Motto „Einklinken statt Abkoppeln“. Mittlerweile führten diese Aktionen zu ersten Erfolgen. Die Erhöhung der Bezüge für die BesGr A2 bis A 11 werden ab 1. April 2003 um 2,4% erhöht. Die Angleichung für die BesGr A 12 erfolgt ab 1. Juli 2003 um 2,4%. Zusätzlich erfolgt eine Einmalzahlung in Höhe von 7,5% des Dezembergehaltes 2002, höchstens jedoch 185,- €. Ab dem 1. Januar 2004 werden alle Einkommen um weitere 1% und ab dem 1. Mai 2004 nochmals um 1% angehoben. Im November 2004 gibt es eine Einmalzahlung von 50,- €. Das Bundesinnenministerium hat erklärt, nachdem das endgültige Gesetzesverfahren erst im Herbst abgeschlossen sein wird, vorab Abschläge zu zahlen.

Für die Beamten bei der Post ist dieses Besoldungsergebnis die Grundlage für die Angleichung an die Einkommensverbesserungen im Tarifbereich. Entsprechende Verhandlungen werden von ver.di unter Einbeziehung des Innenministers mit der DPAG aufgenommen.

Beamte werden früher in Pension oder in Teildienstunfähigkeit abgeschoben

Die soziale Absicherung ist allerdings durch die bekannten Versor-

gungsabschläge oftmals nicht mehr gegeben.

Die Post AG will Beamtinnen auch unterwertig einsetzen

Die Organisation der Deutschen Post AG wird natürlich immer weiter „optimiert“, die Personallage ebenfalls. Der Abbau führt zu immer größeren Personalüberhängen. Beamte sollen jetzt (?) einen „wirtschaftlichen Beitrag für das Unternehmen“ leisten, indem sie sich z. B. auch in einer niedrigeren Laufbahngruppe (z.B. weg vom Schreibtisch und auf's Rad zur Zustellung) einsetzen lassen. Für diese „Flexibilisierung“ zahlt die Post AG eine Belohnung. Natürlich wird die Motivation des Einzelnen sinken sowie die bisherige Identifikation mit der eigenen Stellung im Unternehmen. Verdi und der Gesamtbetriebsrat halten es für zweifelhaft, wenn dem unterwertigen Einsatz ohne Rücksicht auf Wissen und Fähigkeiten zugestimmt wird. Vorhandene und erworbene Qualifikationen werden dafür nicht mehr abgefordert und gehen verloren.

Ruerup-Kommission schlägt höhere Besteuerung der Alterseinkünfte vor

Die von der Bundesregierung eingesetzte Ruerup-Kommission hat ihr

Gutachten für ein Übergangsmodell, mit dem die steuerliche Ungleichbehandlung von Renten und Beamtenpensionen abgebaut werden soll, vorgelegt. Die Experten empfehlen der Bundesregierung die Alterseinkünfte schrittweise der vollen Besteuerung zu unterwerfen. Ein verdi-Mitglied des Bundesvorstands kritisierte den Abschluss der Kommission und sieht darin keinen Vertrauensschutz für Bestandsrentner und rentennahe Jahrgänge. Ebenso ist der schrittweise Abbau des Ruhegehaltsatzes bei Beamtinnen nicht mehr mit Vertrauensschutzgesichtspunkten vereinbar. Für die Bleibtrens, die oft jahrzehntelangen PostbeamtInnen zerbricht oftmals eine bis jetzt fest und sicher geglaubte Vorstellung einer sich weiter-wandelnden Verbindung mit dem sogenannten „Mutterunternehmen Post“. Nichts gegen Veränderungen, jedoch sozialverträglich und gerecht! Bleibtreu erinnert sich noch an seine Vorstellung eines lebenslang angelegten Berufslebenskonzepts. Versprechen gegen Versprechen, mit besonderen Pflichten, aber auch mit gesetzlich festgelegten Rechten, die nun schrittweise in Frage gestellt, groß beschnitten und nachteilig verändert wer-

den sollen. Er liest eine Meldung in der Süddeutschen Zeitung: Die Deutsche Post hat auch die Portosenkung bei Briefen und die schlechte Konjunkturlage gut verkraftet und im ersten Quartal 2003 zugelegt. Damit sei der Konzern erfolgreich ins Jahr gestartet. Für das Gesamtjahr erwartet der Postkonzern ein Ergebnis der betrieblichen Tätigkeit (Ebita) von mindestens 2,8 Milliarden Euro. Das Ebita stieg in den ersten drei Monaten um 5% auf 951 Millionen Euro (Vorjahrsquartal 906 Millionen Euro).

Schön, denkt er, dass es wenigstens dem Unternehmen immer besser geht. Auch wir Beamte leisten seit Anfang der Privatisierung unseren Teil zum wirtschaftlichen Unternehmen Post. Und doch kommt sich so mancher als „Altlast“ aus Vor-AG-Zeiten zunehmend vernachlässigt und ungewollt vor. Ein Grund mehr sich in Verdi zu solidarisieren und für eine gemeinsame Zukunft zu engagieren.

Leo

Weitere Hintergrundinformationen zur Beamtenbesoldung unter www.verdi-brief-muenchen.de

Manfred Jensch



Vollkommen unerwartet erhielten wir die Nachricht, dass unser ehemaliger Kollege Manfred Jensch am 03. Juni 2003 im Alter von nur 50 Jahren nach kurzer schwerer Krankheit verstorben ist.

Manfred begann seine Laufbahn als Postjungbote am 01.09.1967 beim PA Buchlohe. Nach einem kurzen Einsatz im Schalterdienst wurde Manfred 1970 zum Bahnpostbegleitdienst abgeordnet.

Als Bahnpostler begann sein gewerkschaftliches Engagement, er wurde als VL in den Bahnpost-Fahrer Ausschuss gewählt und war im Amtsgruppenvorstand verankert.

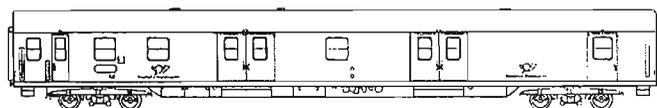
Nach Zerschlagung der Bahnpost wechselte Manfred zu INA wo er neben seiner beruflichen Tätigkeit als Schriftführer und VL für die Betriebsgruppe tätig war. In seiner Eigenschaft als Betriebsratsmitglied hat Manfred sich besonders bei der Umsetzung des Sozialplanes seiner Bahnpostler verdient gemacht.

Der BeZett-Redaktionsstab verliert mit Manfred Jensch ein Gründungsmitglied.

Bis zu seinem Ruhestand war Manfred für die fotografische Gestaltung unserer Mitgliederzeitung verantwortlich.

Für seine unermüdliche Bereitschaft, sich für die Belange anderer einzusetzen, bedanken wir uns.

Wir werden ihn in guter Erinnerung bewahren.



Rechtsausleger

Es hat sich schon mancher die Augen gerieben, wenn ihm das Recht auf dem Wege der Auslegung daherkam. Aber kann es sein, dass so was tatsächlich in unserem Betrieb vorkommt? Alles, was Recht ist!

Lohnabzug in Folge von Krankheit?

Natürlich kommt es in der betrieblichen Praxis vor, dass der Arbeitgeber – manchmal auch die Kollegen – Zweifel an der Arbeitsunfähigkeit eines Beschäftigten hegen.

Als auffällig wird z.B. die häufige oder kurzfristige Erkrankung zu Beginn oder Ende der Arbeitswoche gesehen.

Ebenfalls auffällig ist eine Erkrankung bei nicht wunschgemäß gewährten Erholungsurlaub oder Erkrankungen während des Erholungsurlaubes bzw. AU-Bescheinigungen ausländischer Ärzte.

In solchen Fällen kann der Arbeitgeber gemäß § 275 Abs. 1a Satz 3 SGB V eine gutachterliche Stellungnahme des Medizinischen Dienstes der Krankenversicherung einholen und so die Ernsthaftigkeit einer AU zu überprüfen.

Dieser vorgegebene Weg wird nun aber im Bereich unserer Niederlassung verlassen, indem der Arbeitgeber bei Zweifel an der Erkrankung nun ohne medizinische Prüfung einfach die Lohnfortzahlung einstellt.

Zweifellos ist den hierfür Verantwortlichen bekannt, dass eine solche Vorgehensweise kaum einer arbeitsgerichtlichen Prüfung stand hält. Dies wird aber billigend in Kauf genommen in der Absicht, dass der Kranke sich halt seinen Lohn erstreiten muss und vermutlich den hierfür notwendigen Gang vor Gericht scheut.

Obwohl uns bewusst ist, dass es auch unter Arbeitnehmern schwarze Schafe gibt, und auch von KollegInnen manchmal ein härteres Vorgehen gegen so genannte „Drücke-

berger“ vehement gefordert wird, bleibt die hier eingeschlagene Taktik des Arbeitgebers für uns indiskutabel.

Für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die Gewerkschaft lange und aufs intensivste gekämpft. Wir können nicht zulassen, dass sie jetzt, quasi durch die Hintertür, umgangen wird.

Auffälliges Krankenverhalten ist in unserer NL nicht mehr verbreitet als in anderen Großbetrieben. Die Krankenstatistik ist in unserer NL zudem seit Monaten rückläufig, eine Personalpolitik in Wildwestmanier daher unbegründet.

Wer also von Lohnabzug betroffen ist, sollte sich deshalb sofort an seinen Betriebsrat wenden. Für ver.di Mitglieder ist die Vertretung vor Gericht abgesichert.

BR und ver.di werden mit Betroffenen die weitere Vorgehensweise festlegen und gegebenenfalls vorbehaltenen Lohn einklagen.

Kündigung und Auflösungsvertrag

Laut Betriebsverfassungsgesetz ist vor Ausspruch einer Kündigung in jedem Fall der Betriebsrat zu beteiligen. Trotzdem ist es in unserer NL vorgekommen, dass Kündigungen auch schon mal ohne vorherige Anhörung des BR ausgesprochen wurden. Der BR hat zwischenzeitlich klar gemacht, dass er eine solche Verfahrensweise nicht hinnehmen wird und im Wiederholungsfalle gemäß § 23 BerVG die Verhängung eines Ordnungs- oder Zwangsgelds beantragen wird.

Bei Unterzeichnung eines Auflösungsvertrages ist der BR ebenfalls hinzuzuziehen. Auch hier kommt es vor, dass Arbeitsverhältnisse gelöst werden, ohne vorherige Beratung des Beschäftigten durch den BR.

Wir empfehlen daher nachdrücklich, bei Erhalt einer Kündigung bzw. der Vorlage eines Auflösungsvertrages sich umgehend an den Betriebsrat oder an eine ver.di Vertrauensperson zu wenden.

Erhalt einer Abmahnung

Abmahnungen im arbeitsrechtlichen Sinne sind Vorstufen zur Kündigung. Sie müssen daher äußerst ernst genommen werden.

Aber ist jede Abmahnung tatsächlich berechtigt?

Jeder, der eine Abmahnung erhält, kann gegen deren Inhalt innerhalb von 14 Tagen schriftlich Stellung beziehen. Der Betriebsrat und die ver.di Vertrauensleute sind hierbei behilflich. Sollte es bei berechtigtem Widerspruch gegen eine Abmahnung zu keiner Einigung mit der Niederlassung kommen, kann gegen die Abmahnung auch arbeitsgerichtlich vorgegangen werden.

Ver.di-Mitgliedern wird entsprechend Rechtsschutz gewährt. Eure Betriebsgruppe ist bei der Antragstellung behilflich.

Fürsorgliche Mitarbeitergespräche

Das Führen so genannter fürsorglicher Mitarbeitergespräche, besser bekannt als Krankengespräch, ist in

einer Gesamt-Betriebsvereinbarung abschließend geregelt.

Demzufolge ist bei Einladung zum Gespräch der Beschäftigte darauf aufmerksam zu machen, dass er auf Wunsch einen Betriebsrat zum Gespräch hinzuziehen kann.

Im betrieblichen Alltag erfolgen diese Gespräche aber zunehmend auf Zuruf, nach dem Motto 'Hätten sie einmal kurz Zeit für mich?'. Nicht selten wird im Verlauf dieses Gesprächs eine personenbedingte Kündigung auf Grund von Krankheit unverhohlen in Aussicht gestellt.

Führen Sie daher diese Gespräche immer im Beisein des BR, bestehen Sie auf eine entsprechende Terminsetzung, lehnen sie spontane Gespräche (Der Betriebsleiter ist gerade vor Ort!) daher ab.

Selbstverständlich kann der Arbeitgeber an Stelle der o.g., durch Betriebsvereinbarung geregelten Gespräche, auch jederzeit zum normalen Mitarbeitergespräch laden. Es steht dann dem Arbeitgeber frei, ob er eine Teilnahme des BR zulässt oder nicht. Aber auch in solchen Fällen sollten sie vor und nach dem Gespräch den BR zu Rate ziehen.

Resümee
In einer Zeit rückläufiger Konjunktur und steigender Arbeitslosenzahlen (mittlerweile auch auf den Arbeitsmarkt in München) und immer dreisterer Angriffen auf Arbeitnehmerrechte, ist ein solidarisches Zusammenstehen und Bündeln der Kräfte unerlässlich.

Nur gemeinsam ist der Schwache stark! Deshalb ist die ver.di Mitgliedschaft wichtiger denn je!

Kerscher

90 000 gegen Sozialraub

Samstag, den 24. Mai 2003 war Aktionstag gegen die Demontage des Sozialstaates.

Die Betriebsgruppe BRIEF München war dabei

Kündigungsschutz, Tarifautonomie, Streichung von Arbeitslosengeld, einschneidende Maßnahmen im Gesundheitsbereich, Heraufsetzung der Lebensarbeitszeit einerseits, sichere Renten, gerechte Finanz- und Steuerpolitik andererseits sind die wesentlichsten Stichpunkte der geplanten Maßnahmen zur Umsetzung der AGENDA 2010 bzw. der Ruerup- und Hartz-Konzepte.

Kurzum, es geht um den Fortbestand des Sozialstaates, es geht um die Verteidigung von Arbeitnehmerrechten, die vormals mit „Blut und Tränen“ erkämpft wurden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hatte deshalb im Anschluss an seine Großkundgebung in Berlin (17. Mai), in 14 weiteren Großstädten erneut zu Massenprotesten aufgerufen.

Ausgerechnet Samstags

Für den Süden der Republik wurde als Kundgebungsort Nürnberg gewählt, und aufgrund ordnungspolitischer Vorgaben wurden die Demos auf den Samstag gelegt.

Obwohl der Unmut über die geplanten Einschnitte der Rot/Grünen-Regierung und den Oppositionsparteien CDU, CSU und FDP, denen die angedachten Reformen nicht weit genug gehen, auch in der NL BRIEF München nicht größer sein könnte, ist der Samstag für unsere Beschäftigten bekanntlich nicht günstig.

Trotzdem machten sich 24 Kolleginnen und Kollegen unserer Betriebsgruppe mit dem DGB-Sonderzug am frühen Samstagmorgen auf den Weg.

Hierbei opferte mancher seinen freien Samstag auf den er lt. Dienstplan oft fünf Wochen warten muss, oder trat direkt nach Früh- bzw. Nachtschicht zur Kundgebung an.

Eine Opferbereitschaft die einiges über die angestaute Erbitterung bei unseren Kolleginnen und Kollegen zum Ausdruck bringt.

Die BeZett-Redaktion, war mit im Zug und hat Kolleg/Innen nach ihrer Motivation zur Teilnahme befragt:

Kollegin Gemerekli Efron

BeZett: Efron was hat dich so verärgert, dass du heute den freien Tag nicht mit deiner Familie verbringst?

Efron: Natürlich wäre ich heute lieber bei meiner Familie. Aber gerade die Sorge um die Zukunft meiner drei Kinder ist allein Grund genug. Wie ich erfahren habe, geht's heute ja auch um die Übernahme von Auszubildenden und die berufliche Zukunft junger Menschen. Die Heraufsetzung des Rentenalters und der zeitgleiche Wegfall der Arbeitslosenhilfe machen mir aber zudem große Angst. Was passiert, wenn nächstes Jahr der Ausschluss betriebsbedingter Beendigungskündigungen bei der Post wegfällt? Im Falle einer Kündigung würde ich mit leeren Händen da stehen und müsste um Sozialhilfe betteln.

Kollegin Fritsch Domenika

BeZett: Hallo Domenika, du machst es dir gerade bequem, dürfen wir dich trotzdem noch etwas fragen?

Domenika: Ihr dürft. Aber bitte nicht so lange, ich komme gerade vom Nachtdienst und möchte auf

dem Weg nach Nürnberg noch etwas schlafen.

BeZett: Warum schläfst du im Zug und nicht im Bett?

Domenika: Die Politik der Regierung und gerade der SPD, die von uns Arbeitnehmern ja gewählt wurde, ist aus meiner Sicht schlichtweg skandalös. Ein Aushebeln von Kündigungsschutzrechten und der beabsichtigte Einschnitt in die Tarifautonomie sind mit Sicherheit kein Konzept zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Mit einer solchen Politik ist die 5-Millionen-Grenze bei den Arbeitslosen bald genommen! Die Politiker sollten sich besser um die Binnennachfrage bemühen, als Lohndumping zu betreiben! So und jetzt lasst mich schlafen.

BeZett: Besten Dank Domenika und gute Nacht!

Betriebsräte der NL Fracht Aschheim

BeZett: Euch brauchen wir erst gar nicht zu fragen, die Post plant ja buchstäblich die Vernichtung der Paketzustellung in der Form von „Subunternehmerarbeitsplätze“ mit Arbeitgeberanbindung, wie ist da eure Stimmung?

Christine Saurer: Wie es bei uns abgeht, das könnt ihr euch ja denken. Das macht auch nicht vor eurer Haustüre dem Briefdienst halt. Konkret zur heutigen Aktion möchte ich festhalten, ich nehme an der Demo nicht teil, weil ich eine andere Regierung möchte, wohl aber eine andere Politik. Ich will eine sozial ausgegorenere Politik, dass derzeit ein Rentner mehr Hundesteuer bezahlt als BMW, HypoVereinsbank, Siemens etc. etc. an Gewerbesteuer, ist schlichtweg untragbar.

BeZett: Hallo Wilhelm, du als passionierter Motorradfahrer bei Kaiserwetter im Sonderzug?

Wilhelm: Ich möchte mir auch in Zukunft meine Hobbys noch leisten können und mit meiner Maschine nicht durch Elendsquartiere alla USA driven.

BeZett: Hallo, Kollegen, aus welchem ver.di-Fachbereich seid ihr,

und weshalb fahrt ihr nach Nürnberg?

Wir kommen vom Fachbereich 8 und sind im Grafischen Druckgewerbe beschäftigt, genauer gesagt beim Oldenburg-Verlag.

Für uns stellt dieser Samstag den Ausgleich einer harten Woche dar, wir mussten zur Durchsetzung unserer Lohnforderung (mickrige 3%) letzte Woche zwei Tage streiken. Nächste Woche geht's weiter.

BeZett: Ihr streikt für höhere Löhne und das bei bekannter Arbeitsmarktlage im Druckgewerbe?

Unter den Kollegen in unserem Bereich ist das Ende der Fahnenstange Personalabbau noch lange nicht erreicht. Und wer da glaubt, dass Lohnverzicht Arbeitsplätze sichern würde, der kennt die deutschen Arbeitgeber nicht und glaubt an Grimms Märchen.

Der Sonderzug erreicht Nürnberg.

Auf den Nürnberger-Getreidemarkt versammeln sich nach und nach 15 000 Arbeitnehmer aus ganz Bayern und demonstrieren für ihre Rechte.

Schröder und dem Großteil seiner SPD sowie grünen Bildungsbürgern

und erst recht der Opposition, die in Bayern die Regierung stellt, ist das allerdings egal.

Wir werden und dürfen aber nicht locker lassen und müssen spätestens bei der gesetzlichen Umsetzung der Agenda 2010 im Herbst weiter Druck auf die Politiker machen.

Wenn die glauben, sie sind mit ihren Parteitagen schon durch, werden sie sehen, dass sie sich getäuscht haben. Der Auftakt und eure Beteiligung machen zumindest Mut weiter Widerstand zu leisten.

PS. Wegen der momentan äußerst bedrohlichen Lage im Unternehmensbereich Express finden derzeit in vielen Niederlassungen ganztägige Betriebsversammlungen statt. Natürlich wird im Rahmen dieser Veranstaltung der Sozialabbau Thema sein. Bei der NL München Brief ist die ganztägige Betriebsversammlung für den Herbst geplant. Zu diesem Zeitpunkt dürften die Auswirkungen der Express Planierung auf unseren Unternehmensbereich bekannt sein.

FK



ZSP 20 wird aufgelöst!

Nach 107 Jahren geht wiederum ein Stück Postgeschichte zu Ende



Ab 28. Juli gibt es in Laim kein Zustellpostamt, bzw. keinen Zustellstützpunkt mehr. Der Zustellstützpunkt München 20 wird aufgeteilt. Die Postleitzahlen 80686 und 80687 kommen zum ZSP 18 im Mutterhaus. Die Postleitzahl 80689 kommt zum ZSP 60 nach Pasing. Ab 1. Juli 1896 wurde in der Fürstenrieder Str. 25c (heute Fürstenrieder Str. 8) die Poststelle 34 Laim eröffnet. Von 1914 bis 1930 befand sich die Poststelle dann in der Perhamerstr. 3 und zog am 10.11.1930 in die Fürstenrieder Str. 68. Inzwischen bekam es die Bezeichnungen München 42 und München 21. Am 13. Juni 1996 zog die Zustellung in die Wilhelm-Riehl-Str. 13. Zuletzt wurde aus dem Postamt 34 – 42 – 21 der Zustellstützpunkt 20 ausgegliedert. Und nun geht eine 107-jährige einheitliche Zustellung für Laim zu Ende!!!!

Wir wünschen den Laimer Zustellern und Zustellerinnen an ihrem neuen Arbeitsplatz (ZSP 18 und ZSP 60) die gleiche Arbeitslust und Freude. An manchen Festen

werden wir des „Alten Laim“ gedenken.

Im Namen aller Laimer Zusteller
Peter Eisenreich.

Posthum

Kein Stein bleibt auf dem andern,
der Postler, der muss wandern.
Tag für Tag schleppt er sein Säckchen
voll mit Briefen und demnächst mit Päckchen.

Postler wird er bald nicht mehr heißen,
selbst wenn ihn die Hunde weiter beißen.
Sie bellen laut: Paket! Express! und DHL! soeben –
Rumpelstilzchen wird er heißen, meinetwegen.

Ho

*Täglich präsent und doch immer wieder unerwartet tritt der Tod in unser Leben.
Er zwingt uns, in unserem Alltag und seiner Hektik inne zu halten.*

*Für uns alle unfassbar erhielten wir die Nachricht,
dass unser Kollege und treues Gewerkschaftsmitglied*

Frank Ristow

am 15. Juni 2003 im Alter von 38 Jahren aus dem Leben gerissen wurde.

*Wir haben Frank in den vielen Jahren der Zusammenarbeit außerordentlich schätzen gelernt.
Er war durch seine offene und umgängliche Art vielen Kolleginnen und Kollegen ein Vorbild gewesen.*

Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt seiner Familie.

Wir behalten ihn in unserer Erinnerung.

In einer spontanen Aktion haben seine 90er ZustellkollegInnen einen höheren Betrag für seine Hinterbliebenen gesammelt. Allen Spendern herzlichen Dank.

Ägypten

Ein Reisebericht vom Mai 2003

Der Krieg im Irak war gerade zu Ende, und wir fuhren nach Ägypten, weil unser Freund Eid ungeduldig auf uns wartete.

Soll ich heiraten, damit ihr endlich kommt?

Billigere Flüge, ja, größeres Risiko, auch ja. Uns war mulmig zumute. Die Deutschen waren gegen diesen Krieg gewesen, aber wussten das alle Ägypter? Wir hatten von den Demonstrationen in Kairo gehört, und genau dort wollten wir hin. Das sollte kein Sight-Seeing werden, sondern ein Besuch bei Freunden. Wir wussten, das wird kein erholsamer Urlaub, und so war es.

In Kairo

Kairo ist laut und voller Abgase, Staub und Abfall. Oasen der Ruhe gibt es nur am Nil, Restaurants und Club-Boote. Sie sind für Ausländer

die Rettung, und für wohlhabende Ägypter. Aber: Das ist nur der Einstieg zu vielfältigen Vorurteilen über Kairo, das immerhin über einen Bioladen verfügt, in dem wir reine Baumwollkleidung kauften und Olivenöl von anthroposophisch bewirtschafteten Anbaugeländen.

Es gibt das schicke Känguruh-Viertel für schnelle Auf- (und Ab-)steiger, riesige Neubauviertel, wo auch ich gerne wohnen würde, und eine Medienstadt, die für 7 Milliarden Euro in die Wüste ganz in der Nähe Kairos gestellt wurde, das Modernste, was derzeit zu haben ist. Es musste also sein, Eids Heirat stand an. Jetzt wissen wir es genauer:

Er wird im Oktober heiraten. Seit der Verlobung ist ein Besuch der Auserwählten in seinem Haus nicht mehr möglich. Und das wird so bleiben bis Oktober. Strenge Sitten!

Von der Garage...

Es stand an der obligatorische Besuch im Stammcafe, das wir respektlos die „Garage“ nennen, nicht mehr als ein überdachter Zwischenraum zwischen zwei Gebäuden, aber in exzellenter, zentraler Lage am Tahrir (d.h. Freiheitsplatz), dort, wo das Ägyptische Museum zu finden ist und die Mogamma, das an lange Verhöre bei der Polizei und Verwaltungsodysseen mit Ziel im Nichts erinnert. Nachts um 23.00 Uhr werden drei wilde Hunde herausgelassen. Sie verhindern das Eindringen später Gäste. Da saßen wieder alle, rauchten ihre Wasserpfeifen, und wir rätselten einmal mehr, ob da mehr drin wäre als Tabak. Leute von der Bank, Juristen, Uniprofessoren, Künstler, Geschäftsleute, natürlich nur Männer, jetzt

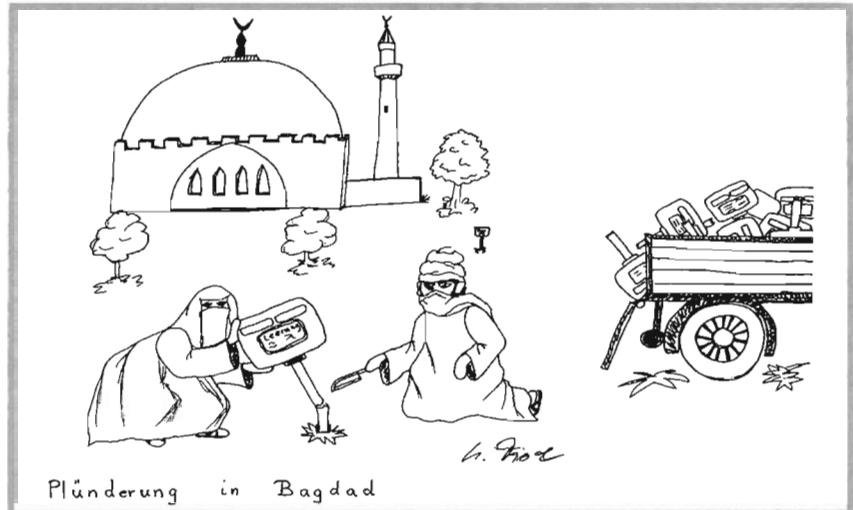
meine Frau, in einem egalisierenden, etwas bedrückendem Ambiente. Indes: Ständig läutet hier irgend ein Handy. Hier ist alles möglich, behauptet unser Freund. Ich wagte nie zu fragen, was genau, aber von hier aus organisierten wir dieses Mal einen Wüstenausflug zur Oase Baharya, 350 km südwestlich von Kairo in der Sahara.

...nach Baharya

Unser Führer, ohne Lizenz und Fahrberechtigung, lotste uns in die Sahara und sicher wieder zurück. Wir lernten einen Polizeioffizier von Baharya kennen, der uns freundlich in sein Haus einlud, mit mir über Gott und die Welt redete, nach Übersetzung ins Englische natürlich. Zuerst musste mich meine Frau verlassen und zu seiner Frau und ihren Kindern in die hinteren Räume gehen, damit er sich hereinbequeme. Sein Sohn, es wurde geraunt, der sei KFZ-Mechaniker, steuerte unseren Jeep sicher durch Fels und Sand. Ein Beduine wie auch unser Führer, der aus dem Sinai stammt. Sie lieben die Wüste, die Weite, die Leere und ihren Jeep, mit dem sie den Sand durchpflügen. Wir übernachteten in einem auf „afrikanisches Strohhüttdorf“ gestylten und etwas verkommenen Campingplatz in der Nähe einer allmählich versiegenden warmen Quelle vulkanischen Ursprungs.

Wüste Nacht

Wir hatten tags auf unserer Wüstentour stets starken Wind, der uns dann bei der Übernachtung in der so genannten „Weißen Wüste“ (in Nähe zur Oase Farafra) unter freiem Himmel den Sand in Nase und Augen blies, trotz aller Vorkehrungen durch Schals, Decken und Handtücher. Wir zogen etwas leichtsinnig die Schuhe aus, während Sayed und Khalid das Abendessen am offenen Feuer vorbereiteten. Der Sand auf den Hähnchen ersetzte die Panade. Der angenehme warme Sand unter den Füßen verband sich im Dunkel mit etwas Pelzigem auf den Füßen! Gruselig, aber zum



Glück kein Skorpion oder eine Viper. Eine Wüstenrennmaus wurde im Kegel der Taschenlampe sichtbar. Sie ließ sich nicht abhalten, unter unserem Jeep nähere Erkundungen durchzuführen. Am Morgen besuchte uns dann noch ein Skarabäus, der (und seine Verwandten) uns immer wieder begegnete. Er lebt von den Ausscheidungen der Wüstensöhne und -touristen. Vom wunderbaren Sternenhimmel nahmen wir in der Nacht nur sekundenweise etwas wahr, weil der Sand in unseren Augen schmerzte. Das uns gegebene Versprechen „You will hear your heart beat“ (weil's in der Wüste so still sein soll) erfüllte sich nie, weil die Realität der Wüste gerade keine Stille im Programm hatte, und die Menschen in der Oase erst recht nicht. Die Weite des mit bizarren Felsformationen umstellten ausgetrockneten Ursees von vor 70 Mio. Jahren bot in der Morgensonne ein herrliches Panorama, und ich stieg, ehe die anderen erwachten, unermüdetlich von einer Düne auf die andere und fand sogar das Teilchen einer Muschel im Wüstensand.

Wieder in Baharya

Keinen Augenblick dachten wir an die entführten Touristen in der algerischen Wüsten. Und doch war die Baharya-Oase traditionell der Endpunkt für Sahara-Karawanen, die aus dem fernen Westen Marokkos nach Ägypten aufgebrochen waren.

Vor wenigen Jahren wurden in Baharya (d.h. die Nördliche, im Vergleich zu anderen Oasen) zahlreiche Gräber aus der Pharaonen-Zeit entdeckt, die noch nicht zugänglich sind, aber in Zukunft helfen werden, den Tourismus auszubauen. Ein paar Mumien aus der Zeit des griechischen Herrscherhauses der Ptolemäer, Gräber und einen Tempel für den göttlichen Alexander den Großen kann man derzeit besichtigen.

Heute singt der Muezzin sein fünffaches Lied zu mancherlei Geheimnissen dieser Insel im Wüstenmeer, die uns streiften und hinter Getuschel, Lächeln und phantasiereichen Erklärungen gelegentlich beunruhigten, und weil sie durch das Rauschen der kulturellen Unterschiede unverständlich geworden waren, gelegentlich verärgerten.

Unser Aufenthalt klang aus mit einem Musikabend im Beduinenzelt bei Abd el Sadiq, einem bekannten Star aus dem Jemen. Er wird im Oktober zu einer Tournee nach Europa und nach Berlin kommen. Gnädig ließ er sich filmen und meine Frau tanzte irgendwann mit einem Beduinen seinen eigenartigen, körperbetonten Ausdruckstanz.

Ho

Di Ätsch Ell(f)

DHL, Verbund und wos kummt no? Oder: Wia geht's bei da Backlposd zua?

Ein Gastkommentar an
dieser Stelle (eigentlich Leo's)
von Max Panzer alias
Hieronimus Türriegl, Betriebsrat bei
Fracht Aschheim alias DHL.

So a ungerechte...

Neulich hat mi mei Betriebsgruppenvorstand, da Martin o'ghaut. Ob i net a auf de Demo nach Nürnberg mitfahrdat, weil er hot g'moant, gegen des, was ma uns Kloane im Rahmen der sogenannten Reformen in allen Bereichen regierungsmässig (Agenda 2010) aus da Tasch'n ziagn wui, soit ma uns vielleicht schee langsam dagegen wehrn. Es is am jeden klar, daß mia momentan schwierige Zeit'n ham, aber Gerechtigkeit hot er g'moant, schaugad anders aus. Es war für mi selbstverständlich, daß i zuagsogt hob. Es ko doch net sei, daß mia vor lauter Reforma imma weniga in da Tasch'n ham., weil ses uns sofort vom Lohn abziag'n. De Manager und Vorstände aber unsere Betriebe nur mehr als Selbstbedienungslad'n, sprich Aldi für Spitzenmanager, verstenga und se ihre Bezüge mit da Kohlschaufe in'd Taschn schiabn.

Mia san oiso los, mit'm Ver.di-Sonderzug und i war scho überrascht, wia-vui inzwischen wieda begriff'n ham, daß jammern alloa nix nutzt, ma muaß scho a selba mitmacha.

Auf'm Weg zu meim Platz trifft i an Fritz, an oid'n Spezl aus'm Briafdienst. Mia ham lang mitannanda z'sammgarbat und kumma sofort ins ratschn. Hieronimus, sogt er, ja wia

geht's da denn bei deiner Backlposd, was gibt's denn bei eich für Neuigkeiten. O mei sog i, do ko i dir scho einiges bericht'n.

Verätschung,

Ois erst's sog i, ham mia ja jetzt a neichs Brandzeichen. Mia san ja jetzt DHL, sprich Di Ätsch Ell, weil angeblich dad ma des Logo bessa kenna ois wia unsa oids Posthömdl. Stell da vor, sog i, mei Zustellauto ham's ma scho mit dem neia Logo verschandld. i bin so froh, dass ma wenigstens de gelbe Farb no lassn ham, sonst machadn ma d'Leit vielleicht d'Wohnungstürn gar nimma auf.

Den Schlog hamma grad verdaut, erzähl i weiter, kummt scho da nächste. Du werst jetzt furchtbar lacha, de oide Post werd bei uns wieda neu erfund'n. Mia soin an ganz groß'n Teil von unsera Zuastellung verliern, bzw. Briaf und Backl soin jetzt wieda mitanand aus'fahrd wern. Des is vui billiger und weil mia angeblich bei da Backlposd a Riesendefizit produzier'n, soit's ihr Brieafler des jetzt am Land drauß wieda selber macha.

Da sagt mei Spezl, des hamma doch scho g'habt, Hieronimus, oder teisch i mi da, des is doch im Prinzip de oide Landzustellung. Ja sog i, da host Du recht und i mechat bloß des

Geld, des de Unternehmensberatungsfirma für den Tip eigsacklt hod, dann brauchat i vermutlich nix mehr arbat'n. Des ham scho de Oidn g'wußt, daß billiger is, wenn ma Briaf und Backl mit oam Auto fahrt.

...des laß ma uns net gfoin!

Du Fritz, sog i, stell Dir bloß amoi vor, wos des jetzt für de Leit bedeit, de freiwillig und mit Begeisterung zur Backlposd ganga san, seit Jahren a Superarbat obliefern und künftg wieda unter Umständen wieda von vorn ofanga miaß 'n. I bin ma zwar sicher, daß ma bei Eich wieder quad auf'nomma wem, dafür sorg'n scho unsere Betriebsräte und Ver,di, aber trotzdem werd's für manche Kollegin und manchem Kollegen net leicht wern.

Ansonsten, sog i, laft bei uns in de Niederlassunga des selbe Spui wia bei Eich. Unserm Vorstand war am liaban, wenn se de Briaf und Backl selber verteiln und zuastelln dan, dann brauchatns überhaupt koa Personal mehr. De Beschäftigten wern überwiegend nur mehr als Kostenfaktor betrachtet, Ausnahmen bestätigen die Regel. Unsa Verwaltung is scho so g'schrumpft, daß bei der letzten Betriebsversammlung im Besprechungsraum; der war früher überfüllt, alle locker Platz g'habt ham.

Aber Fritz, sog i, i bin sicher, dass alle de, de nur mehr in Kosten und Produktionszahlen denka, irgendwann, vielleicht sogar schnella ois alle moana, merka, daß a Indianerstamm der koane Indianer mehr hat, a koane Häuptling mehr brauchd; und auf des trink ma jetzt a Hoibe. Eia reformgeschädigta und zorniger Gastschreiber

Hieronimus Türriegl
(Backlposdler in Aschheim)

